

Von der ›Sozialistischen Arbeiterpartei‹ zur ›Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‹. Die Geschichte der politischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich (1871 bis 1918)

*Vortrag, gehalten am 12. April 2012 beim Ortsverein Oberschleißheim der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie – kurz Sozialistengesetz – wurde auf Initiative des Reichskanzlers Otto von Bismarck am 19. Oktober 1878 vom Reichstag mit der Mehrheit der konservativen Fraktionen verabschiedet. Es sollte für die folgenden zwölf Jahre die Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands – wie sich die SPD bis 1890 nannte – zerschlagen. Die Sozialdemokratie war zu diesem Zeitpunkt noch eine verhältnismäßig junge politische Erscheinung. Wie aber entstand die Partei? Auf welche politische Tradition kann sie zurückblicken? Welche Auswirkungen hatte das Sozialistengesetz? Konnte die Partei nach seiner Außerkraftsetzung wieder eine aktive politische Rolle spielen? Diesen und anderen Fragen möchte ich mich in meinem folgenden Vortrag widmen.

Hierbei werde ich zuerst einen Einblick geben, in welcher Zeit wir uns befinden, welche politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vorherrschten, die schließlich zur Gründung der Parteien führten, welche letztlich in der Sozialdemokratie aufgingen. Wir schreiben das Jahr 1806. Kaiser Franz II. legte vor dem Hintergrund der Annexion weiter Teile des Reichsgebiets durch den französischen Kaiser Napoleon die Krone des Heiligen Römischen Reiches nieder. Ein staatliches Gebilde, das in seiner Tradition bis auf Karl den Großen zurückging, war erloschen. Acht Jahre später sollte der *Wiener Kongress* nach der endgültigen Niederlage Napoleons zusammentreten, um Europa neu zu ordnen. Da aus verschiedenen machtpolitischen Erwägungen eine Wiederherstellung des Alten Reiches nicht in Frage kam, wurde 1815 auf seinen vormaligen Grenzen der **Deutsche Bund** als Zusammenschluss der deutschen Staaten gebildet. Anders als während der Befreiungskriege gegen Napoleon noch zu erwarten war, wurde die Hoffnung auf einen deutschen Nationalstaat mit weitreichenden Freiheitsrechten, wie sie seit der Gründung der Vereinigten Staaten und der Französischen Revolution aufkamen, hierdurch nicht erfüllt. Der Deutsche Bund war eher ein Staatenbund als ein Bundesstaat, Verfassungen mit liberalem Charakter gab es vorerst nur in den süddeutschen Einzelstaaten. Die Jahre zwischen dem Wiener Kongress 1814/15 und der gescheiterten Revolution von 1848/49 werden daher auch als *Restauration* – für die Wiederherstellung der alten Ordnung – und *Vormärz* – für die Zeit vor der im März 1848 aufblühenden Revolution – genannt.

* Wegen des gesprochenen Wortes verzichtet dieser Beitrag auf einen wissenschaftlichen Apparat.

In dieser Zeit zählen wir drei vorherrschende politische Strömungen:

1. Der **Konservatismus**, welcher das Bestehende bewahren will und sich auf das Prinzip des organisch Gewachsenen beruft, was bedeutet, dass beispielsweise soziale und politische Ungleichheit als – salopp gesagt – gottgegeben angesehen wurde. Weiterentwicklungen der bestehenden Herrschaftsordnung wurden nur akzeptiert, sofern sie sich zuvor als unabdingbar und vorteilhaft erwiesen hatten.
2. Der **Nationalismus** mit der Forderung nach einem Deutschen Nationalstaat und einer Überwindung der einzelstaatlichen Zersplitterung. Er wandte sich in seiner sogenannten nationaldemokratischen Variante – anders als die sogenannte nationalantagonistische Variante – nicht gegen andere Staaten und Völker. Er hatte wegen seiner bis in die zweite Hälfte der 1870er Jahre vorherrschenden Kritik am bestehenden System den Charakter eines „linken“ Nationalismus und wandelte sich erst dann zu der uns bekannten Form.
3. Der **Liberalismus** schrieb sich die Freiheit des Individuums auf die Fahne, woraus sich Forderungen nach Teilhabe an der Staatsgewalt und Freiheitsrechten ableiteten. Nationalismus und Liberalismus waren zwei Seiten derselben Medaille, da die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat stets mit der Forderung nach Freiheitsrechten verbunden war und umgekehrt. Er zerfiel in den Konstitutionalismus, welcher an den monarchischen Systemen festhielt und den Demokratismus, der die Errichtung einer Republik forderte.
4. Der **Sozialismus** spielte zu dieser Zeit noch keine bedeutende Rolle. Zahlreiche spätere Sozialisten waren zwar in Geheimbünden wie dem Bund der Gerechten, der sich seit 1847 Bund der Kommunisten nannte, organisiert. Sie hatten allerdings lange Zeit eine hauptsächlich demokratische Zielrichtung und waren zudem aristokratisch dominiert.

Die Jahre zwischen 1815 und 1848 waren allerdings auch die Zeit der sich *anbahnenden Industriellen Revolution*. Zwar konnte auf dem Festland von deren „Ausbruch“ noch nicht die Rede sein. Es zeigten sich allerdings erste Anzeichen des vorindustriellen Zeitalters. Bedingt durch die Optimierung der medizinischen Versorgung, eine Verbesserung der Ernährungslage sowie das Ende zunft- oder standesrechtlicher Heiratsschranken kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Bevölkerungsexplosion, die zu einer Massenarmut führte, welche die Forschung als **Pauperismus** bezeichnet. Sie verschärfte sich, da wegen der Auflösung der Zünfte frühere soziale Sicherungsmechanismen nicht mehr gegeben waren und spätere Methoden der sozialen Fürsorge wie Genossenschaften oder Sozialversicherungen noch nicht existierten. Der Pauperismus betraf meistens gelernte Facharbeiter oder Handwerker und führte auch zu sozialen Unruhen wie dem schlesischen Weberaufstand von 1844.

Während der **Revolution von 1848/49** traten erstmals verschiedene Arbeiterorganisationen in Erscheinung, die bereits den der Sozialdemokratie lange Zeit innewohnenden Widerspruch zwischen Reform und Revolution, zwischen Änderung und Umsturz der bestehenden Ordnung widerspiegeln. Während in der politisch-parlamentarischen Arbeit eine Trennung von den radikalen Demokraten noch nicht gegeben war, gab es auf dem außerparlamentarischen Sektor mit der *Arbeiterverbrüderung* des Buchdruckers Stefan Born erstmals eine – später hätte man gesagt reformistische – Interessensvertretung, der allerdings überwiegend Handwerker und Facharbeiter angehörten. Sie nahm in ihr Programm verschiedene Forderungen auf, unter welchen sich bereits auch noch heute diskutierte Punkte wie der Mindestlohn befanden. In diese Zeit fällt auch Karl Marx' und Friedrich Engels *Kommunistisches Manifest*, welches für den revolutionären Bund der Kommunisten eine klassenlose Gesellschaft und einen Kampf gegen das Besitzbürgertum voraussagt. Es bildet zugleich den Startpunkt für die Ideologie des Marxismus, welche – wie noch zu zeigen sein wird – lange Zeit das Programm der Sozialdemokratie darstellte.

Während das auf die Revolution folgende, auch **Reaktionszeit** genannte, Jahrzehnt von politischem Stillstand geprägt war, geriet die Gesellschaft in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht immer mehr in Bewegung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die Aufhebung der Zunftschranken, die Bauernbefreiung und die Gewerbefreiheit bereits zu einer sozialen Mobilität weiter Bevölkerungsteile geführt. Der fortschreitende technische Fortschritt und hierbei insbesondere der Bau der Eisenbahnen erhöhten nunmehr auch die geographische Mobilität der Bevölkerung. Dieser **technische Fortschritt** war es dann auch, der durch die Gründung von Fabriken die Zahl der Fabrikarbeiter stark zunehmen ließ. Insbesondere für sie wurde die sogenannte *Soziale Frage*, d.h. die Auseinandersetzung mit den Kehrseiten der Industrialisierung immer brennender. Die ansteigende Landflucht bewirkte Wohnungsnot in den Städten, die Arbeitsbedingungen hatten teilweise militärischen Charakter und generell war der Alltag der Fabrikarbeiter von Existenznöten geprägt.

Da es in den späten 1850er Jahren an einem System staatlicher Fürsorge noch immer mangelte, entstanden verschiedene Konzepte sozialer Selbsthilfe, welche durch die 1858 in Preußen mit dem Regierungsantritt Wilhelms I. beginnende liberale „Neue Ära“ befördert wurden. Zu dieser Zeit waren drei Gruppen zu unterscheiden, welche sich der Unterstützung der Arbeiterschaft verpflichtet hatten und hierbei vom liberalen Bürgertum getragen wurden:

1. Die bereits seit in den 1840er Jahren existierenden **Arbeiterbildungsvereine**, die überwiegend mit Unterstützung des liberalen Bürgertums ins Leben gerufen wurden.

2. Hermann Schulze-Delitzschs **Genossenschaften**, welche die Vorläufer der heutigen Volksbanken darstellten.
3. Die zahlreichen bereits existierenden und neu gegründeten **Sparkassenvereine**, mit dem Ziel, den Arbeitern eine Grundlage zur Altersvorsorge zu bieten.

Ein politisches Sprachrohr hatten die Arbeiter zu dieser Zeit immer noch nicht, da diese Vereinigungen stets unter der Ägide liberaler Bürger entstanden, die sich meist im Deutschen Nationalverein organisiert hatten. Das wachsende Bedürfnis der Arbeiter, sich trotzdem politisch zu artikulieren, war eine Initialzündung für die Gründung einer Vorläuferorganisation der SPD. 1863 bildete eine Minderheit des Leipziger Arbeiterbildungsvereins ein *Central-Comitee zur Berufung eines allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses*, welches sich für die Ausarbeitung eines Programmentwurfs an den Publizisten und Rechtsanwalt Ferdinand Lassalle wandte. Dieser rief am 1. März 1863 zur Gründung einer von den Bürgerlichen unabhängigen Arbeiterpartei auf, worauf am 23. Mai 1863 von norddeutschen Abgesandten der **Allgemeine Deutsche Arbeiterverein** (ADAV) ins Leben gerufen wurde. Der Sozialismus hatte das politische Parkett betreten. Lassalle starb bereits 1864 den – wie Teile der Forschung spöttisch formulierten – unsozialdemokratischen Tod im bürgerlichen Duell.

Als Reaktion auf die Gründung des ADAV schlossen sich noch im selben Jahr unter dem Einfluss der Liberalen die verbleibenden Arbeitervereine zum *Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine* (VDAV) zusammen – es war dies der Versuch des liberalen Bürgertums, die Arbeiterschaft politisch an sich zu binden. Im VDAV gewannen sehr schnell August Bebel und Wilhelm Liebknecht an Einfluss, welche 1866 die Sächsische Volkspartei als seinen politischen Arm gründeten. Nachdem es 1868 zum endgültigen Bruch mit den Liberalen gekommen war, schlossen sich am 9. August 1869 in Eisenach der linke Flügel der Sächsischen Volkspartei und weite Teile des VDAV zur **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei** (SDAP) zusammen. Anders als der ADAV befürwortete die SDAP für den noch nicht existierenden deutschen Nationalstaat eine großdeutsche, d.h. die deutschsprachigen Teile Österreichs einschließende Lösung und lehnte die vom ADAV praktizierte politische Koalition mit Bismarck strikt ab. In der praktischen Arbeit für eine Verbesserung der Rechte und der sozialen Situation der Arbeiterschaft unterschieden sich beide Parteien allerdings nur geringfügig.

1871 war mit der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates ohne Österreich der Gegensatz zwischen ADAV und SDAP in der Nationsfrage hinfällig geworden. Nachdem sich beide Parteien auch ideologisch weiter angenähert hatten und sie auch politisch konkret zusammenarbeiteten, beschloss im Mai 1875 ein Vereinigungsparteitag den Zusammenschluss beider Parteien zur **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** (SAP)

Der **Sozialismus** hatte nun – anders als noch einige wenige Jahrzehnte zuvor – eine politische Stimme in Deutschland erhalten. Was aber hatte es mit dem Sozialismus als politischer Strömung auf sich? In welchem Verhältnis stand er zum Marxismus, der lange Zeit einen nachhaltigen Einfluss auf die Sozialdemokratie ausübte? Es ist an dieser Stelle einzuschieben, dass es eine einheitliche Definition von Sozialismus nicht gibt und die Palette an politischen Teilströmungen – wie auch die weitere Geschichte der SPD zeigen wird – groß ist. So ging wegen des Streits um *Reform oder Revolution* als Weg zum sozialistischen Ziel die Demarkationslinie mitten durch die Sozialdemokratie. Oberstes Gebot des Sozialismus war die Schaffung einer solidarischen Gesellschaft, in welcher die Freiheit des Individuums und des Privateigentums eben nicht das höchste Gut darstellt. Der Sozialismus stellt somit das klare Gegenteil zum politischen und wirtschaftlichen Liberalismus dar. Er strebt nach einer Wirtschaftsordnung, welche durch die Aufhebung und Vergesellschaftung des Privateigentums die Herrschaft von Menschen über Menschen beendet. Innerhalb der Sozialdemokratie hatte lange Zeit der *Marxismus* die programmatische Deutungshoheit inne, der den Sozialismus als eine Vorstufe zum klassenlosen Kommunismus ansah und dem zahlreiche Publikationen seines Namensgebers, des Philosophen Karl Marx, ein wissenschaftliches Antlitz verliehen.

Das auf ihrem Vereinigungsparteitag 1875 beschlossene, nach dem Tagungsort benannte **Gothaer Programm** der SAP (hier Punkt I) war eine Mischung aus den Ansichten der reformerischen Lasseleaner des ADAV und der marxistischen Eisenacher der SDAP.

Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden.

Es endet mit 14 Punkten, die unter anderem das gleiche Wahlrecht nach den heute geltenden Wahlrechtsgrundsätzen sowie die Einführung einer progressiven Steuer bei Abschaffung aller indirekten Steuern fordern. Von einer gefestigten ideologischen Grundlage der SAP konnte zu dieser Zeit allerdings noch nicht die Rede sein. Die Theorien von Marx und Engels waren für viele Genossen „Böhmische Dörfer“ und für eine lebensnahe Politik nicht von Bedeutung.

Die weitere Entwicklung der nun vereinten SAP sollte allerdings jäh unterbrochen werden. Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I., welche – fälschlicherweise – den Sozialisten zur Last gelegt wurden, waren für den eingangs bereits erwähnten Reichskanzler Bismarck der willkommenen Anlass, um gegen die Sozialdemokratie von Staats wegen vorzugehen. Staatliche Schikanen gegen die Partei waren zwar nicht neu – ja sie waren sogar ein Grund für das Zusammenwachsen der beiden vormals konkurrierenden sozialistischen Parteien. So war die Partei bereits zuvor in Berlin vom Verbot bedroht gewesen und hielt Parteitage nur noch unter dem offiziellen Label von Kongressen ab. Das vom Reichstag am 19. Oktober 1878 verabschiedete **Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie** war nun allerdings doch ein – wenn ich es so salopp sagen darf – anderes Kaliber.

§. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die **Eintracht der Bevölkerungsklassen** gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

Das Gesetz verbot ferner Genossenschaften, Sparkassen, Versammlungen, Festumzüge sowie sämtliche Druckerzeugnisse, die unter das in § 1 genannte Verbot fielen. Die politische Organisation der Arbeiterbewegung, aber auch die Grundlagen vieler der Sozialdemokratie nahestehender sozialfürsorglicher Einrichtungen wurden damit zerschlagen. Einzig die sozialistischen Reichstagsabgeordneten behielten ihre Mandate und konnten auch fortan – wenn auch nicht mehr mit organisatorischer Unterstützung der Sozialdemokratie – für den Reichstag kandidieren. Es ist eine erfreuliche Ironie des Schicksals, dass das Sozialistengesetz sich zumindest auf die Ergebnisse der während seiner Geltung abgehaltenen Reichstagswahlen nicht niederschlug. So konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil von 7,6 % im Jahr 1878 – dem Beginn des Sozialistengesetzes – auf 19,8 % im Jahr 1890 – also seinem Ende – steigern. Wie aber konnte die Partei ihre Organisation im Verborgenen aufrechterhalten? Welche konkreten Maßnahmen des Sozialistengesetzes wurden während seiner Geltungszeit gegen Genossen angewandt?

Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Bereits im November 1878, also einen Monat nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes waren 153 Verbände und 175 Druckerzeugnisse verboten. Insgesamt wurden in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes zwischen 800 und 900 Personen aus ihrer Heimat ausgewiesen und über 1400 Jahre Gefängnis wegen

Verstößen gegen das Gesetz oder Majestätsbeleidigung ausgesprochen. Um in der politischen Arbeit ein Minimum an Kontinuität aufrecht zu erhalten, flüchteten die Sozialdemokraten sich in sogenannte **kryptopolitische Aktivitäten**, d.h. politische Aktivitäten, die im Verborgenen stattfanden, isoliert betrachtet keine politische Agitation darstellten und daher meist nicht unter das Verbot des Sozialistengesetzes fielen. So kamen zu *Begräbnissen* von Parteifreunden teilweise hunderte von Genossen zusammen, wodurch sich Trauerzüge zu Demonstrationen entwickelten. Die hier entstandene Tradition, Begräbnisse als passive politische Kundgebung zu verwenden, lebt bis heute in den jährlichen Kranzniederlegungen der Linkspartei an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fort. Ferner fanden im Ausland sogenannte Exilparteitage statt, in welchen die Sozialdemokratie auch ihr Programm den geänderten Gegebenheiten anpasste. Lange Zeit wurden der Partei auch *anarchische Tendenzen* unterstellt, da sie 1880 aus dem Programmabschnitt das Wort „gesetzlich“ strich. Der Abschnitt erläuterte, auf welche Art und Weise die politischen Ziele erreicht werden sollen. Diese Änderung war allerdings der Tatsache geschuldet, dass die bloße Existenz der Partei wegen des Sozialistengesetzes bereits gegen geltendes Recht verstieß. Darüber hinaus wurden vereinzelt auftretende anarchische Tendenzen von der Partei streng geahndet.

Das Sozialistengesetz hatte allerdings Auswirkungen auf die **ideologische Grundstimmung** der Partei. Wer konnte es den als „Staatsschädlingen“ verketzerten Arbeitern und Aktivisten verdenken, dass ihr Verhältnis zum Staat tiefgreifend gestört wurde. Wegen der zahlreichen Schikanen wurde der Staat überwiegend nur noch als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse angesehen. Aus dieser Verbitterung heraus erwuchs ein Bedürfnis nach einer Ideologie, welche den bestehenden Staat abschaffen wollte und den Arbeitern eine lebenswerte Zukunft versprach. Diese Ideologie fanden viele im *Marxismus*, der ja den zwangsläufigen Untergang des bestehenden Systems und die Herrschaft der Arbeiter voraussagte. Dies bedeutete allerdings keinen massiven Linksruck der Partei. Da die Abgeordneten im Reichstag und in den Landesparlamenten ihre Mandate behielten, gewannen die meist pragmatisch orientierten Parlamentsfraktionen ein eigenes Gewicht und trugen zur Etablierung eines *reformistischen Parteiflügels* bei. Als das zuvor mehrfach verlängerte Sozialistengesetz schließlich am 30. September 1890 außer Kraft trat, hatten sich in der Partei die beiden Strömungen zwischen Reform und Revolution, wie sie bereits seit der Vereinigung aus ADAV und SDAP bestanden, erhalten. Trotz der Aufhebung des Sozialistengesetzes blieb das grundlegende Misstrauen zwischen der Arbeiterschaft und der herrschenden Klasse erhalten und führte schließlich auch zur Verunglimpfungen von Genossen als „vaterlandslosen Gesellen“.

Was aber machte der Initiator des Sozialistengesetzes, der Reichskanzler Otto von Bismarck während der zwölf Jahre? Wie ging er mit der „Sozialen Frage“ der Arbeiter um, nachdem die

SAP ihre Politik nur noch im Verborgenen abhalten konnte? Es mag verwundern! Aber der erklärte Feind der Sozialdemokratie legte die Grundlagen unseres heutigen **Sozialversicherungssystems**. Es wird dabei von der Forschung unterschiedlich bewertet, ob Bismarck durch die Sozialgesetzgebung nur den Sozialisten das Wasser abgraben wollte oder ob der Gedanke der Fürsorge des Staates für ihn im Vordergrund stand. Auf Bismarcks Initiative verabschiedete der Reichstag 1883 ein Gesetz über die *Krankenversicherung* für Arbeiter, das allerdings allerdings noch nicht für Angestellte galt. Die Beiträge wurden zu zwei Dritteln von den Arbeitern und zu einem Drittel vom Arbeitgeber bezahlt. Im Krankheitsfall trug die Kasse die Kosten der ärztlichen Behandlung sowie der Medikamente. Bei Arbeitsunfähigkeit bezahlte sie ab dem dritten Krankheitstag für höchstens 13 Wochen Krankengeld in Höhe von 50 Prozent des durchschnittlichen Lohnes. Ein Jahr später wurde die *Unfallversicherung* eingeführt, in welcher – wie auch heute – nur die Unternehmer beitragspflichtig waren. Bei einem Betriebsunfall wurde der Verunglückte ab der 14. Woche, also nach Ablauf des Krankengeldes entschädigt. Die Unfallversicherung trug als eine Berufsgenossenschaft der Unternehmer die Kosten der Behandlungen oder zwei Drittel des Arbeitslohnes als Erwerbsunfähigkeitsrente. Das Gesetz über die *Rentenversicherung* wurde 1889 verabschiedet. Die Versicherung war verpflichtend für alle Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen unter 2.000 Mark, wobei ein Rentenanspruch nach 30 Beitragsjahren und Vollendung des 70. Lebensjahrs erworben wurde. Bei einer nicht durch einen Arbeitsunfall verursachten Verminderung der Erwerbsfähigkeit um zwei Drittel zahlte die Versicherung nach mindestens fünf Beitragsjahren ein Drittel des Durchschnittslohns. Für jede Rente brachte der Staat einen Jahresbetrag von 50 Mark auf. Den Rest trugen je zur Hälfte die Versicherten und die Arbeitgeber. Eine staatliche *Arbeitslosenversicherung* wurde erst 1927 eingeführt.

Mit den Sozialgesetzen versuchte Bismarck den Arbeitern den **Staat als eine Alternative zur SAP** und ihrem genossenschaftlichen Assoziativgedanken darzustellen. Insbesondere die Selbstverwaltung der Versicherungsträger durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer war den Ideen und Forderungen der Sozialisten nachempfunden. Auch wenn die verschiedenen Versicherungszweige das Existenzminimum nicht sichern konnten, wurden die sozialen Folgen der Industrialisierung doch denkbar abgefedert. Es ist zweifelsohne der historische Verdienst des preußischen Junkers Bismarck, dass er die Grundlagen für den Sozialstaat gelegt hat, wie wir ihn heute kennen. Auf der anderen Seite wäre die Sozialgesetzgebung auch nicht ohne den durch die Sozialdemokratie verursachten politischen Druck denkbar gewesen.

Wie aber ging mit der SAP nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes weiter? Für die weitere Geschichte der Partei am nachhaltigsten war sicherlich, dass die SAP nach dem Ende des Sozialistengesetzes den Namen annahm, den sie noch heute trägt: **Sozialdemokratische**

Partei Deutschlands. Anders als die Umbenennung von einer Sozialistischen Arbeiterpartei in eben eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands vermuten ließe, war damit keinesfalls eine ideologische Mäßigung oder gar Umorientierung zur politischen Mitte verbunden. Bereits 1891 wurde in Erfurt ein Parteitag abgehalten; das nach seinem Tagungsort benannte *Erfurter Programm* erhob den Marxismus zum Parteiprogramm und enthielt dabei teilweise wörtliche Übernahmen aus Marx' Kapital. Der erste Teil des Parteiprogramms forderte somit eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, um die Situation der Arbeiterschaft zu verbessern. Der zweite Teil beinhaltete hingegen konkrete Forderungen zur Demokratisierung des Staatswesens, wobei die weitreichenden Ansprüche des Gothaer Programms nach mehr plebiszitären Elementen abgeschwächt worden waren. Den politischen Verhältnissen der Zeit war es geschuldet, dass das Erfurter Programm keine Aussage zur Staatsform machen konnte – oder eher gesagt machen durfte. Wäre doch die Forderung nach einer Republik – und somit nach der Abschaffung der Monarchie – einer Einladung für ein neues Sozialistengesetz gleichgekommen! Inwiefern die SPD wirklich stets streng republikanisch war, wird die Betrachtung der folgenden Jahrzehnte aufzeigen.

Bis zum Ersten Weltkrieg konnte die SPD ihre Ergebnisse bei den **Reichstagswahlen** auf schließlich 34,8 % im Jahre 1912 steigern, womit sie auch die größte Fraktion im Reichstag stellte. Wegen des geltenden Mehrheitswahlrechts, d.h. dass der Kandidat mit der Mehrheit der Stimmen ins Parlament einzog und die Stimmen der anderen Parteien verfielen, schlugen sich die für die SPD abgegeben Stimmen nicht zwingend in Mandate nieder. Ferner wurden ländliche Gegenden mit überwiegend konservativen Wählern durch die Wahlkreiseinteilung begünstigt. Ähnlich rasant verlief nach dem Fall der Ausnahme Gesetze die Entwicklung einer sozialdemokratischen **Gewerkschaftsbewegung**. Bereits 1890 wurde als Dachverband der der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaften die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ gegründet, die bis zum Beginn des Krieges eine Mitgliederzahl von etwa 2,5 Millionen erreichte. Daneben existierten christliche Gewerkschaften und den liberalen nahestehende Gewerkvereine, die allerdings keine ähnlich hohe Mitgliederzahl wie sozialdemokratischen Gewerkschaften erreichten. Obwohl die SPD und die Gewerkschaften auch nach Ende des Sozialistengesetzes in Staat und Gesellschaft diskriminiert wurden, scheuten die Arbeiter offensichtlich nicht davor zurück, sich zu ihnen zu bekennen. In anderen Teilen der Gesellschaft sollte die SPD bis dahin noch nicht Fuß fassen können.

Dieser Anstieg vollzog sich vor dem Hintergrund rasanter **gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen**. Das Bevölkerungswachstum nahm zwischen Reichsgründung und Kriegsbeginn enorm zu, zwischen 1887 und 1914 hatte sich die Zahl der Industriearbeiter in etwa verdoppelt und es entstanden immer mehr Großstädte mit über 100.000 Einwohnern.

Dies waren alle Faktoren, welche die Herausbildung eines *sozialdemokratischen Milieus* begünstigten. Auf der anderen Seite kam es auch zu einem deutlichen Anstieg der Reallöhne und somit zu einer sukzessiven Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Während 1850 ein preußischer Arbeiterhaushalt noch 58 % seines Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben musste, waren dies 1913 nur noch 33 %. Dies bedeutete vor dem Hintergrund der Wohnungsnot, der schlechten hygienischen Situation sowie der patriarchalischen Betriebsstrukturen allerdings noch kein menschenwürdiges Dasein. Zahlreiche Arbeiter mieteten sich als sogenannte Schlafburschen für die Nacht zur Untermiete bei anderen Familien ein und verfügten ansonsten über keine eigene Bleibe. In zahlreichen Betrieben herrschten beinahe militärische Strukturen, in welchen Verspätungen mit Geldstrafen geahndet wurden und Arbeiter für eine Eheschließung die Erlaubnis des Fabrikeigentümers einholen mussten. Es waren dies alle Faktoren, welche in Abgrenzung zu „denen da oben“ – wie man ja bis heute sagt – zur Herausbildung eines eigenen Standesbewusstseins führten.

„Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust!“ – Mit diesen Worten beschrieb der Begründer der bayerischen SPD, der lange Zeit dem linken Flügel angehörende *Georg von Vollmar*, seine Vorstellung vom Wandel zu pragmatischer Politik. Die SPD könne nicht nur Protestpartei sein, sondern müsse auch mit anderen Fraktionen in den Parlamenten zusammenarbeiten. Dieser **Reformismus** stand aber im latenten Gegensatz zur marxistisch ausgerichteten Parteidoktrin, welche den Zusammenbruch des Kapitalismus und des Staates voraussagte. In der Tat kam es aber seit den 1890er Jahren verstärkt vor, dass im Reichstag oder in den Landtagen Regierungsvorlagen auch von der SPD mitgetragen wurden. Während der Reformismus an den Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie noch nicht rüttelte, löste der Ende der 1890er Jahre vom Parteitheoretiker *Eduard Bernstein* ausgehende **Revisionsismus** einen handfesten parteiinternen Streit aus. „Dass mir die Bewegung alles – das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, nichts sei“. Dieser Ausspruch Bernsteins war höchst umstritten, traf allerdings den Punkt seiner Ansichten: Die SPD könne nicht auf den vom Marxismus vorhergesagten Untergang des Kapitalismus warten, sondern müsse vielmehr als eine demokratisch-sozialistische Reformpartei agieren. Auch wenn der Revisionismus zuletzt vom Parteitag des Jahres 1903 verworfen worden war, war der Richtungsstreit noch nicht endgültig entschieden.

Zu einer Neudefinition des Verhältnisses zu den Gewerkschaften kam es im Jahrzehnt vor Kriegsbeginn durch die sogenannte **Massenstreikdebatte**. Vor dem Hintergrund, dass im Ausland der Generalstreik als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele erfolgreich eingesetzt worden war, wurde dies nun auch in Deutschland diskutiert. Konkret dachte man daran, dass verhasste preußische *Dreiklassenwahlrecht*, welches die Wählerstimmen nach dem Steuerauf-

kommen gewichtete, durch einen Generalstreik zu Fall zu bringen. Dies wurde u.a. von den Gewerkschaften abgelehnt, welche im *Mannheimer Abkommen* von 1905 erreichten, dass Aktionen, welche beide Organisationen – SPD und Gewerkschaften – betrafen, auch von beiden zusammen zu beschließen waren. Die Gewerkschaften hatten sich somit von der SPD emanzipiert und eine politische Unabhängigkeit errungen. Unmittelbar vor Kriegsbeginn kam es nun auch zur vereinzelt direkten **politischen Zusammenarbeit** mit liberalen Parteien oder dem katholischen Zentrum. Auch wenn die beispielsweise geschlossenen Stichwahlabkommen der SPD einen immensen politischen Vorteil brachten, waren diese insbesondere bei den linksradikalen um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, dem Sohn des Parteigründers Wilhelm Liebknecht höchst umstritten. Der Parteigründer August Bebel sollte die weitere Entwicklung der Partei nicht mehr erleben; er verstarb im Jahre 1913.

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Mit diesen bekannten Worten legte Kaiser Wilhelm II. im August 1914 vor dem Hintergrund des drohenden **Ersten Weltkrieges** alle bisherigen innenpolitischen Konflikte beiseite. Die Bedrohung von außen führte zu seinem Zusammenschluss nach innen – eine auch als *Burgfriedenspolitik* bezeichnete Haltung bewirkte, dass zum Beispiel die Sozialdemokratie im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite stimmte. Wie aber kam es zu dieser zuvor noch undenkbar Koalition zwischen Sozialdemokratie und Obrigkeit? Zum einen ist klar festzustellen, dass der Marxismus sich nicht prinzipiell gegen jede Form des *Verteidigungskrieges* richtet – und als solcher wurde der erste Weltkrieg in der Öffentlichkeit dargestellt und empfunden. Zum anderen ist die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie ein klares Zeichen dafür gewesen, dass die „vaterlandslosen Gesellen“ den Frieden mit ihrem Vaterland gemacht hatten. Insbesondere für einen Verteidigungskrieg gegen Russland, welches ja erst 1917 kommunistisch wurde und zuvor wegen der tyrannischen Herrschaft des Zaren als Sinnbild imperialistischer Unterdrückung galt, waren weite Teile der Bevölkerung und auch der Sozialdemokratie leicht zu begeistern. Das Blatt wendete sich allerdings, als im Dezember 1914 *annexionistische Tendenzen* der Reichsleitung klar wurden und bereits einige Genossen ihre Zustimmung zu zweiten Kriegskreditvorlage verweigerten.

Die Frage der Kriegskredite war es dann auch, die zur **Spaltung der SPD** führte. Während 1915 die Abweichler in der Reichstagsfraktion noch toleriert worden waren, begann 1916 der endgültige Bruch, als die Fraktion 20 Abgeordnete ausschloss. Aber erst nachdem die von ihnen gebildete *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft* zu einer Reichskonferenz einlud, wurden die Abweichler von der SPD wegen der Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen gründeten hierauf am 6. und 7. April 1917 in Gotha die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (USPD). Im Zu-

sammenhang mit dieser Spaltung ist allerdings hervorzuheben, dass sowohl Marxisten als auch Revisionisten zur USPD übertraten, von einer Trennung der Partei entlang ideologischer Gräben daher nicht die Rede sein kann. Einzig der linksradikale *Spartakus-Bund* um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wechselte geschlossen zur USPD. Obwohl sie organisatorisch der USPD angehörten, vertraten die Spartakisten in der Öffentlichkeit eine eigene Politik und gründeten vor dem Hintergrund der Wirren der Revolution von 1918/19 die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD). Um sich von der USPD abzugrenzen, bezeichnete die SPD sich seit Mitte 1917 als *Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands* (MSPD).

Die Rolle der sozialdemokratischen Parteien bei der **Revolution von 1918/19** möchte ich an dieser Stelle nur ausblickhaft behandeln. Im Angesicht zahlreicher militärischer Niederlagen wurde im Oktober 1918 unter dem Reichskanzler Max von Baden eine Regierung gebildet, welcher nun erstmals auch die MSPD angehörte. Am 9. November 1918 sollten sich schließlich die Ereignisse überschlagen. Nachdem in Kiel zahlreiche Matrosen revoltiert hatten, verkündete Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übertrug das Amt des Reichskanzlers an den Führer der MSPD Friedrich Ebert. Dieser wollte die Entscheidung über die zukünftige Staatsform einer vom Volk gewählten Nationalversammlung überlassen. Um allerdings der Ausrufung einer sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht zuvorzukommen, trat der MSPD-Politiker Philipp Scheidemann um 12 Uhr an das Fenster der Reichskanzlei und rief die erste *Deutsche Republik* aus:

„Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende; das Morden ist vorbei. Die Folgen des Kriegs, Not und Elend, werden noch viele Jahre lang auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben. Unsere *Verständigungsvorschläge* wurden sabotiert, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet.

Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen *inneren Feinde*, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt; er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!

Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem *Abgeordneten Ebert* übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden und der Sorge um Arbeit und Brot.

Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen! Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor.

Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt!

Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!

WEITERFÜHRENDE HINWEISE:

Dowe, Dieter: Von d. Arbeiterpartei zur Volkspartei. Programmentwicklung d. dt. Sozialdemokratie seit d. 19. Jhd., Bonn 2007, <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/04803.pdf>

Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen d. Sozialdemokratie, 22.10.1878, <http://de.wikisource.org/w/index.php?oldid=1776968>

Gothaer Programm, beschl. a. d. Gründungsparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands i. Gotha i. J. 1875 <http://www.dhm.de/lemo/objekte/dokumente/gothaer>

Grundsatzprogramme d. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1869, 1875, 1891, 1921, 1925, 1959, 1989, 2007, <http://www.spd.de/partei/grundsatzprogramm>

Osterroth, Franz / Dieter Schuster: Chronik d. dt. Sozialdemokratie 3 Bde. u. 1 Onl.-Suppl. 1975ff., electr. ed. FES Library: Bonn 2001ff., <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik>

Potthoff, Heinrich / Susanne Miller: Kleine Geschichte d. SPD 1848-2002, 8., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2002

Scheidemann, Philipp: Ausrufung d. Republik (Audiodatei), 9.11.1919, nachgespr. i. J. 1924 <http://www.dhm.de/lemo/objekte/sound/scheide/index.ram>